

Erschließungsplanung für das Baugebiet "Horner Garten" spaltet den Beirat

Von unserem Mitarbeiter
Andreas Holling

HORN-LEHE. Das Ergebnis war denkbar knapp. Mit acht gegen sieben Stimmen entschied sich der Beirat Horn-Lehe jetzt gegen einen Antrag der Grünen, die vorgesehene Erschließung des Baugebiets "Horner Garten" abzulehnen. Allerdings stellt der Beirat Nachforderungen an die Behörde. Die Anwohner ziehen derzeit gegen den Bebauungsplan vor Gericht.

Widerstand gegen die Pläne des Senators für Bau, Umwelt und Verkehr, die ehemaligen Erweiterungsflächen für die Bezirkssportanlage bebauen zu lassen, hatte sich schon 2005 geregt. Damals hatte der Beirat die Bebauung abgelehnt und wurde dann von der Baudeputation überstimmt.

Der aktuelle Streitpunkt: Der Zugang des Areals soll künftig über eine verkehrsberuhigte Stichstraße, abgehend von der Konsul-Cassel-Straße erfolgen. Diese Planung stellte Stefan Wiebesick von der Firma Stadt-Verkehr-Umwelt (SVU) dem Beirat vor. "Die Anwohner mussten niemals damit rechnen, plötzlich eine Straße vor die Haustür gebaut zu bekommen", begründete Michael Koppel von den Grünen deren Ablehnung.

Unterstützung dafür fand er bei der SPD-Abgeordneten Maren Bullermann: "Die Anwohner stehen dann direkt auf der Straße, wenn sie ihren Vorgarten verlassen." Geplant ist die 6,40 Meter breite Trasse auf dem bisherigen Spazierweg zwischen den Häuserzeilen. Abgehend von der Konsul-Cassel-Straße wird sie nach rund 140 Meter scharf rechts abbiegen, um nach 320 Metern in einem Wendekreis zu münden.

Was einfach klingt, ist in der Praxis schwierig: Auf Grund der beengten Platzverhältnisse müssen künftig Radfahrer, Fußgänger und Autos die Fahrbahn gemeinsam nutzen. "Zudem werden im Bereich des scharfen Rechtsknicks zwei Bäume weichen müssen", erklärt Wiebesick. Sonst passe dort kein Müllfahrzeug durch.

Eng werde es ebenfalls in dem neuen Rondell, räumte der Bauplaner ein und machte dafür die Vorgaben des Bebauungsplans verantwortlich. "Was ist denn, wenn dort ein Kind spielt", fragte CDU-Mann Dirk Porthun.

Nach langer Debatte setzten sich CDU, FDP und Bürger in Wut (BiW) mit ihrem Antrag durch: Der Beirat nahm den vorgestellten Bebauungsplan mit Änderungswünschen "zur Kenntnis". Statt Pflaster soll nun eine Asphaltdecke die Lärmbelastung reduzieren, Schweller für Tempolimits sorgen und der Wendekreis verbreitert werden.

Mit der Frage, ob die Straße für den Verkehr überhaupt ausreichend dimensioniert ist, wird sich jetzt auch das Oberverwaltungsgericht Bremen in einem Normenkontrollantrag der Anwohner befassen. Dabei soll ebenfalls geklärt werden, ob mögliche Alternativen in der Streckenführung ausreichend überprüft und bedacht wurden.

Für Kai Jürgens, Pressesprecher des Senators für Bau, Umwelt und Verkehr, steht dies aber außer Frage. "Wir haben nach lebhafter Diskussion mit den Anwohnern alle Argumente abgewogen und berücksichtigt", sagt er und nennt den Bebauungsplan "rechtssicher".